

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1915**

283 (3.12.1915)



# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Zugestellt monatl. 76 P., vierteljährlich 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 1/2 Uhr. Postfach Nr. 2660. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, oder deren Raum 20 P. Lokalmateriale billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

### Staatshilfe — aber auch Selbsthilfe.

Man schreibt uns:

Es ist schmerzhaft, daß unsere wirtschaftliche Kriegslage sehr weit hinter unserer militärischen zurückstand und beinahe in keinem Teil mit jener den Vergleich aushält. Namentlich auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung hat es von Anfang bis jetzt an zielbewußter Vorbereitung, aber auch an umfassender und durchsichtiger Improvisation gefehlt. Dabei hatte man sich, wie aus einem Artikel des Herrn von Wangenheim, Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, bekannt geworden ist, an einzelnen leitenden Stellen des Reichs schon lange vor dem Einbruch der Katastrophe Gedanken über die wirtschaftlichen Folgen eines Krieges gemacht. Sozialdemokratische Abgeordnete haben ebenfalls schon vor langer Zeit im Haushaltsauschuß des Reichstags darauf hingewiesen, daß ein Krieg außerordentlich hohe Anforderungen an die Organisationsfähigkeit und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und Verwaltungsstellen, Aufgaben bringen würde, die man nicht ohne sorgfältige Planung und Vorbereitung lösen könne. Man hat diesen vordringenden Worten nicht die rechte Beachtung geschenkt, manche Vorschläge gar nicht, andere verspätet aufgegriffen.

Wenn trotz solcher Planlosigkeit und trotz deutlich hervortretendem Widerstand agrarischer Einflüsse immerhin Erhebliches geleistet worden ist, so dürfen sich die Arbeiterorganisationen und die politische Vertretung der Arbeiterschaft daran einen erheblichen Teil des Verdienstes zuschreiben. In Reich und Staat ebenso wie in den Gemeinden haben die sozialdemokratischen Vertreter nach übereinstimmenden Urteilen sehr gut gewirkt. Schließlich ist nicht zu vergessen, daß die Bevölkerung selbst eine große Ruhe und Entschlossenheit bewahrt hat. Besonders gilt das von den minderbemittelten Kreisen, die zum Teil unter den außerordentlich rasch und außerordentlich hoch steigenden Preisen schwer gelitten haben.

Zurzeit sind nun alle an der Sache Beteiligten eifrig tätig, um immer noch dringend notwendige Verbesserungen durchzuführen. Die Milchfrage muß geregelt werden. Die Fleischkarte, die eine gleichmäßige Versorgung mit Fleisch und Fett gewährleistet, bildet den Gegenstand lebhafter und hoffentlich erfolgversprechender Erörterungen. Die Kartoffelversorgung, ein Schulbeispiel dafür wie es nicht gemacht werden sollte, muß endlich aus dem Größten herauskommen. Höchstpreise für Gemüse, Fisch und Wild sind längst eine Notwendigkeit geworden. Der Eigenverkauf der Gemeinden sollte noch erheblich erweitert werden. Und so müßte noch manches geschehen. Die Behörden haben einen heiligen Bewußtsein vor der Kritik des demnächst zusammentretenden Reichstags, und selbst agrarische Heißhörner halten es unter diesen Umständen für angebracht, ein wenig zur Mäßigung zu rufen und von ihren allzu ungenierten Berufskollegen abzurufen.

Dürfen wir demnach Verbesserungen in der Nahrungsmittelversorgung auch für die nächste Zeit noch erwarten, so bleiben doch alle derartige obrigkeitliche Maßnahmen auf gewisse Grundfehler des Systems ohne Einfluß. Eher ist es auf Grund unserer Kriegsgesetzgebung möglich, durch Vorschriften über Höchstpreise einen halbwegs genügenden Ausgleich zwischen den Warenpreisen und der finanziellen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung herzustellen (sofern dabei noch genügend Waren an den Markt kommen), ebenso wie es möglich ist, durch Ausgabe von Milchkarten die vorhandene Milch vorzugsweise für Kinder und Kranke zurückzuhalten; für die ganz arme Bevölkerung kann man durch Eröffnung von Speisehallen und ähnliche Einrichtungen sorgen, und was dergleichen mehr ist. Wir wollen uns aber einmal die Frage vorlegen, was die meisten dieser Maßnahmen volkswirtschaftlich bedenten? Doch offenbar nichts anderes, als

#### Ausschaltung überflüssiger und deshalb schädlicher Zwischengewinne.

Gerabdrückung der Produzentenprofite. Wenn aber mit dem Tage des Friedensschlusses die diktatorischen Verordnungen rückgängig gemacht werden, dann treten beinahe automatisch die vorübergehend ausgeschalteten Glieder in der Versorgungskette unserer Wirtschaft wieder ins Leben zurück. Dann ist wieder (abgesehen von der Zollgesetzgebung) ohne Rücksicht auf Bedarf und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Konsumenten das durch allehand Ringbildung, Händlerneffe, Marktboyotte, Produzentenverabredungen usw. gefälschte Angebot und die Nachfrage allein für den Preis unserer Nahrung bestimmend, dann schiebt sich zwischen Erzeuger und Verbraucher wieder der ganze Schwarm zum Teil schmarogender Zwischenhändler verkernd ein. Sollte das sein? Muß das sein? Diese Fragen wird nur bejahen, wer sich einbildet, es komme darauf an, ohne Rücksicht auf die Verteuerung der Lebensmittel möglichst viele „selbständige Erzeugnisse“ zu schaffen, mit dem Nahrungshandel möglichst vielen eine

„Nahrung“ zu geben. Wer hingegen nicht einzusehen vermag, warum er seinen Lebensbedarf ungebührlich und überflüssig verteuern lassen muß, wer gegen den Wert schmarogender volkswirtschaftlicher „Selbständigkeit“ gesundes Mißtrauen hat, der wird darüber nachsinnen, wie denn das auch in künftigen Friedenszeiten anders als früher gemacht werden kann. Die Aussicht, daß die ungeheure Belastung unseres Volkes durch den gewaltigen Krieg für später sehr hohe Steuerleistungen und andere Lasten unermesslich macht, verleiht solchen Betrachtungen mehr als eine bloß theoretische Bedeutung.

Es kommt darauf an, die Produktionskosten unseres Lebensbedarfs möglichst niedrig zu halten und weiterhin unnötige Zwischenkosten auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher zu vermeiden. Wie kann das geschehen? Dadurch, daß dem Erzeuger (von dem wir in diesem Zusammenhange einmal annehmen wollen, daß er nach den besten Methoden produziere) ein sicherer Absatz seiner Produkte gewährleistet wird, so daß er gar keine oder nur geringe Prämien für ein sonst bestehendes Risiko in seine Preisberechnung einzusetzen braucht, diese also niedriger halten kann. Ferner dadurch, daß der Zwischenhandel, soweit er nicht unbedingt notwendig ist, ausgeschaltet wird. Beides kann nur

#### auf dem Wege genossenschaftlicher Organisation

geschehen. In solchen genossenschaftlichen Organisationen können und sollen auch öffentlich-rechtliche Körperschaften, z. B. die Gemeinden, je nach Umständen und in der verschiedensten Art beteiligt sein. Nehmen wir als Beispiel die Milchversorgung einer Stadt an. Sie geschieht heute durch freie Händler, die sich die Milch auf Grund von Einzelverträgen mit den Milchbauern der Umgegend verschaffen. Dadurch ist nicht einmal zu gewöhnlichen Zeiten, geschweige denn in Krisenzeiten, die ordentliche Milchversorgung der städtischen Bevölkerung gewährleistet. Weder vom hygienischen noch vom volkswirtschaftlichen noch endlich vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus kann dieser Zustand befriedigend sein. Ganz anders würde sich die Sache gestalten, wenn auf der einen Seite die Milchproduzenten, auf der anderen die Verbraucher, genossenschaftlich organisiert, unter Mitwirkung der Gemeindebehörden und auch staatlicher Amtsstellen auf Grund langfristiger Verträge einander in die Hände arbeiteten. Dann erst könnte die Qualität der gelieferten Ware, ihre Menge und ihr Preis in das rechte Verhältnis zu Bedarf und Leistungsfähigkeit der städtischen Bevölkerung gesetzt werden, zugleich aber auch die ländlichen Erzeuger ihren gerechten Lohn für ihre Arbeit gesichert erhalten. Was für die Milchversorgung gilt, das gilt sinngemäß auch für die Gemüsezufuhr, für die Fleischversorgung und manche andere Zweige der Bedarfsbefriedigung. Erst wenn wir so weit sind, daß wir diese von den lokalen Selbstverwaltungsbehörden gestifteten genossenschaftlichen Kontrollen unterstellt haben, können wir mit Vertrauen kommenden Tagen entgegengehen.

Es ergibt sich also aus der heutigen Lage des Lebensmittelmarktes eine starke Mahnung an die städtische Bevölkerung, namentlich die Arbeiterbevölkerung, sich den an den meisten Orten zwar schon bestehenden, aber noch nicht genügend ausgebauten Konsumvereinen anzuschließen und von da aus eine immer weiter greifende Organisation des Lebensmittelmarktes zu betreiben. Solche Mahnungen sind ja auch schon in Friedenszeiten nicht selten ertönt, an manchen Orten von größerem, an anderen von geringerem Erfolg begleitet, im ganzen aber doch entschieden nicht genügend beachtet. Da kam, einem furchtbaren Unwetter vergleichbar, der Weltkrieg. In den ersten schlimmen Tagen bemächtigte sich einiger Bevölkerungskreise eine förmliche Panik; sie tanzte aus Furcht vor bald eintretender Hungersnot den Kräthern die Läden ein und prügeln sich vor den Schlächtereien. Ja viele, die vorher nie auf „so was“ gehört hatten, erinnerten sich plötzlich, daß ein „Konsum“ in ihrem Orbe bestesse und eilten, sich durch Erwerb der Mitgliedschaft ein gewisses Anrecht auf die Warenvorräte zu schaffen. Manche Vereine haben damals vorübergehend die Mitgliederaufnahme gesperrt, um nicht ihre alten treuen Kunden zu schädigen. Inzwischen sind diese Sperren wohl überall wieder aufgehoben worden.

Ein Konsumverein, der nur etwa den fünfzigsten Teil der Arbeiterbevölkerung eines Orts umfaßt, ist machtlos und kann naturgemäß nur ein bescheidenes Reichendasein führen. Würde er die Hälfte der ganzen Bevölkerung zu tatkräftigen Mitgliedern haben, dann könnte er praktisch den Lebensmittelmarkt (und noch verschiedenes andere) im Ort beherrschen. Und wer will sagen, daß das unmöglich sei? Was durch energische Propaganda und zielbewußtes Handeln erreicht werden kann, das lehren die großen Warenhäuser, die nicht nur in den Großstädten, sondern auch schon in mäßig großen Industrieorten aufgewachsen sind. Wir erblicken in ihnen aufreizende Mah-

zeichen für die Möglichkeiten entwickelter Konsumentenorganisation.

Bei genügend weit vorgeschrittener Zusammenschließung der Verbraucher ist die eigene Herstellung der Bedarfsdeckung möglich, ein Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung unserer Wirtschaft. Auch dieses muß rechtzeitig ins Auge gefaßt werden.

In beinahe allen Gegenden des Reichs verfügen die Staaten (zum Teil auch die Gemeinden) über weite Ländereien, die als Domänen, Forsterke usw. immer wieder an Privatpersonen verpachtet werden, weil heute auch gar keine andere Bewirtschaftung vorhanden ist. Hier könnten größere Verbraucherorganisationen eingreifen und in genossenschaftlichem Betrieb auf Staats- oder Gemeinde-

land die Nahrungsmittelherstellung im großen betreiben. Es müßte die Regel werden, daß mindestens die nächst den größeren Städten und den Industrieorten liegenden Staatsdomänen an Einzelpersonen nur vergeben werden dürfen, sofern keine genossenschaftlichen Bewirtschaftungen vorliegen. Wenn unsere Konsumenten die großen ihnen winkenden Aufgaben der nächsten Zukunft recht anzupacken verstehen, werden sie auf diesem Gebiete reiche Erfolge zu ernten vermögen.

„Das eine tun und das andere nicht lassen“ ist auch auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung, im Krieg wie im Frieden, die Lösung. Wir wollen nicht müde werden, die Nachmittage des Staats und der Gemeinden in den Dienst einer geordneten Fürsorge für unsere Bevölkerung zu stellen. Aber wir wollen darüber auch nicht vergessen, daß mindestens ebensoviel durch Selbsthilfe, nämlich durch umfassende Organisation der Verbraucher, geleistet werden kann, und daß das Höchste erst aus einem Zusammenarbeiten von staatlicher mit freier Organisation herauswächst.

### Zur Friedensinterpellation der sozialdem. Reichstagsfraktion

berichtet der „Vorwärts“ noch:

„Ein weitergehender Antrag, in dem von der Regierung eine noch bestimmtere Festlegung ihrer Friedensbedingungen verlangt wurde, ist nur mit geringer Majorität, nämlich mit 58 gegen 43 Stimmen, abgelehnt worden.“

In einem Reichstagsbrief an die „Frankfurter Volksstimme“ wird dazu bemerkt:

„Eine nicht unbeträchtliche Mehrheit der Fraktion wollte, das soll und kann gar nicht verkürzt werden, weil es doch alsbald in der „Berliner Tagwacht“ zu lesen sein wird, als Grundlage für „sofortige“ deutsche Friedensverhandlungen den „Verzicht auf Annektionen seitens aller beteiligten Staaten“ von vornherein festlegen. Die Mehrheit der Fraktion teilte die Friedenssehnsucht durchaus, die aus diesem Vorschlag sprach. Er wollte gewissermaßen den gegnerischen Völkern sagen: „Seht, wir Deutsche denken gar nicht an Länderraub; ihr könnt wirklich leicht mit uns Frieden schließen.“ Aber die Mehrheit der sozialdemokratischen Vertretung im Reichstage hielt dafür, daß in diesem unerhörten Ringens zweier Völkerguppen jedes Borgreifen in die Bedingungen, unter denen Frieden geschlossen werden kann, übertreibt und verfehlt sei. Der Reichstagsler hat wieder in allen Verhandlungen mit den Parteien, die dieser Tage stattfanden, auf eine Reihe von Dingen und Ereignissen hinzuweisen können, die ihn wahrhaftig nicht als Eisenfresser und Kriegsfreund um jeden Preis erscheinen lassen. Die Reichsregierung muß aber abwarten, wie sich die Lage weiter gestaltet und ob unsere Gegner die Drohungen ausführen, die sie fortgesetzt gegen das Deutsche Reich aussprechen. Im Stande des Bedrohens kann man nicht proklamieren, wie man sich den Frieden denkt, wenn man die Oberhand hätte. Das muß man erst abwarten. Die Verhältnisse verschieben sich fortgesetzt. Und den Handelsweg über den Balkan nach dem Orient müssen wir uns freizubehalten suchen, wenn wir unserer Industrie und unserem Handel, damit aber auch der Arbeiterschaft und ihrem Aufstieg die Entwicklung offenhalten und schützen wollen. Wer kann heute schon sagen, wie das im einzelnen wird sichergestellt werden können, wenn der Krieg im Osten zum Abschluß gebracht ist? Wir alle wollen außerdem ein möglichst geschwächtes Rußland, das uns am Fortschritt nicht mehr hindern kann und sich um sich selber kümmert, statt um die Aufspaltung der Balkanvölker. Es wäre vermessend im höchsten Grade, heute schon die Bedingungen festzulegen, unter denen dies erreichbar erscheint. Niemand kennt sie heute schon. Da unten bereiten sich wirtschaftliche Reorganisationen und Neugruppierungen von kultureller Tragweite vor, die unmöglich jetzt schon scharf umrissen werden können. Deshalb mag man den Reichstagsler selbst sagen lassen, welche Bedingungen für den Frieden heute schon für ihn feststehen und welche flüssig sind. Bestände eine Verbindung zwischen Reichsregierung und allen Parteien ohne Ausnahme, wie sie bestehen sollte, so wäre die Interpellation überflüssig. So aber mag, sie dem Reichstagsler Gelegenheit geben, angebliche Eroberungsabsichten im Westen ähnlich abzulehnen, wie es der bekannte Artikel der ameri-







...der Festigkeit zu halten, aber durch einen in der Nacht vom 20. November zum 1. Dezember von uns unternommenen überraschenden Angriff wurde der Feind gezwungen, sich weiter in der Richtung auf Kutalimara, 170 Kilometer südlich von Bagdad, zurückzuziehen. Wir fanden in Kizile und ihrer Umgebung viel Munition, Munition und verschiedene Kriegsmittel. In der Umgebung entzündeten die Russen etwa hundert Kamelkaravane des Feindes, die es dem Feinde nicht mehr gelang, auch nur einen kleinen Teil der Gegenstände und des Kriegsmaterials, das er im Stich ließ, anzuzünden, und daß er eine Menge von Gegenständen, die Offizieren gehörten, und die technischen Ausrüstungsgegenstände nicht mehr mitführen konnte, ist ein Beweis für die große Niederlage. Außerdem erbeuteten wir ein Kriegs-Wasserboot und einen eisernen Leichter, der mit Munition und Munition angefüllt war, sowie ein Flußschiff. Wir stellen fest, daß der Feind auf seinem fluchtartigen Rückzuge mehrere Ritten mit Munition in den Tigris warf. Die Engländer teilten uns die Niederlage zu verheimlichen, der Weisung in der Umgebung mit, daß sie einen Waffenstillstand mit uns geschlossen hätten, aber die schnelle Verfolgung durch unsere Truppen kennzeichnet dies als eine bloße Täuschung. Von vier Flugzeugen hätten, aber die schnelle Verfolgung durch drei wieder hergestellt und fliegen jetzt über den feindlichen Weihen.

An der Kaukasusfront ließ der Feind in der Gegend von Van bei einem Gefecht am 30. November mit unsern fliegenden Abteilungen 250 Tote auf dem Kampfplatze zurück. Der Feind flüchtete in östlicher Richtung.

In der Dardanellenfront bei Anaforta nahmen unsere Patrouillen einen Teil der feindlichen Drahthindernisse und Gräben und machten einige Gefangene. Am 30. November eröffnete der Feind mit seinen Batterien zu Lande und zu Wasser ein Feuer nach verschiedenen Richtungen, das eine gewisse Zeit hindurch andauerte, aber wirkungslos blieb. Unsere Artillerie trat ebenfalls in Tätigkeit und nahm feindliche Geschütze, die ohne Bedeckung im Lager bemerkt wurden, sowie Munitionswagen des Feindes auf Korn. Die Munitionswagen wurden zerstört. Bei Ari Burnu dauerte der Kampf der Artillerie, Bombenwerfer und Maschinengewehr-Abteilungen an. Der Feind verlor, die Schützengräben bei Kanlikier, die in der letzten Zeit von uns zerstört wurden, wieder herzustellen, wurde aber durch unser Feuer daran verhindert. Nachmittags eröffnete ein feindlicher Kreuzer das Feuer auf die Stellungen unserer linken Flügel, wurde aber durch das Gegenfeuer unserer Torpedoböote gezwungen, sich zu entfernen. Bei Seddül-Bahr fand ebenfalls eine gegenseitige Beschuss statt, die von Zeit zu Zeit nachließ. Unsere Artillerie beschoß eine feindliche Batterie zu Samsun, die die anastatische Küste und Meerenge zu beschließen versuchte. Nachmittags fielen Geschütze, die von einem feindlichen Panzer vom Typ des „Agamemnon“ in der Richtung auf Kili-Bahr beschossen wurden, auf ein dort gelegenes Hospital und töteten vier und verwundeten 20 Soldaten. Eines unserer Kampfflugzeuge nötigte ein feindliches Flugzeug, das Kapazete überflieg, zur Flucht.

**Die bulgarische Siegesbeute.**

Sofia, 2. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Amtlicher Bericht vom 30. November: Unsere Truppen führen die seit dem 1. August über Brizzen hinaus fort. Seit Kriegsausbruch gegen Serbien (14. Oktober) bis zur Einnahme von Brizzen, 29. November, haben wir den Serben folgende Beute abgenommen: 50.000 Gefangene, 365 Geschütze, 136 Artillerie-Munitionswagen, 100.000 Gewehre, 36.000 Granaten, 3 Millionen Gewehrpatronen, 2350 Eisenbahnwagen und 36 Lokomotiven. Nach der Einnahme von Kichewo und Krusjebac besetzten wir Brodi auf der Straße Kichewo-Brisek.

Auf der Front der englisch-französischen Truppen keine Veränderung.

**Sonstige Kriegsnachrichten.**  
**Russische Enttäuschung.**

Berlin, 2. Dez. Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Sofia: In Petersburg eintreffende Nachrichten, wonach zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien nach langwierigen Verhandlungen eine Vereinbarung zustande gekommen sei, der zufolge 500.000 Waggons Getreide und Futtermittel, vor allem Weizen und Weizen, zu selbstbestimmten Preisen aus Rumänien nach Oesterreich-Ungarn ausgeführt werden sollen, haben in russischen Regierungskreisen eine niederschlagende Wirkung ausgeübt. Man hat jetzt starke Zweifel, ob der geplante Druck auf Rumänien wirklich die gewünschte Wirkung haben kann, Rumänien zum Antritt der Entente zu bewegen. Man befürchtet, daß vielmehr der entgegengesetzte Erfolg eintreten könnte. Die Anwesenheit starker Kräfte an der anarisch-rumänischen Grenze und das Erscheinen von Truppen auch an der bulgarischen Donaugrenze hat, wie man in Petersburg weiß, in Bulgarien starken Eindruck gemacht. Wie es heißt, soll Rumänien in Wien, Berlin und Petersburg angekündigt haben, daß es dem Durchmarsch von Truppen und jedem Transportverbot auf dem Donau gegenüber keine Neutralität mit bewaffneter Hand verteidigen werde.

**Lärmjagen in der italienischen Kammer.**

Wien, 2. Dez. (Nicht amtlich.) Nach einem Bericht der „Südn. Volkszeitung“ ereignete sich während der Rede des Kammerpräsidenten Marcora in der italienischen Kammer Lärmjagen, die hauptsächlich durch Kundgebungen der Republikaner hervorgerufen waren. Als Marcora in seiner Rede den König und die Krone erwähnte, riefen der Abgeordnete Mazzoni und andere sozialistische Abgeordnete: „Es lebe die Republik!“ worauf ihnen mit dem Rufe „Vaterlandsverräter!“ „Vaterlandsverräter!“ usw. geantwortet wurde. Der Abg. Monti Guaueri rief den Sozialisten ein Schimpfwort zu. Die Sozialisten erhoben Lärmenden Einpruch dagegen. Auch die weitere Rede Marcoras wurde durch anhaltenden Lärm unterbrochen. Als der Kammerpräsident die telegraphischen Zuschriften aus dem ersten Provingen verlas, rief der Abgeordnete Modigliani: „Wo bleiben die Glückwünsche der internierten Bürger?“ Auf diesen Zuruf folgten neuerliche Lärmjagen.

Der Papst schlägt einen Weihnachtswaffenstillstand vor. Mailand, 2. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) „Cera“ meldet aus Rom, der Papst werde dem nächsten Konklave einen Aufruf an sämtliche christliche Kriegführenden Völker vorzulegen, nach dem ein Waffenstillstand für die Weihnachtsfeier angelehrt werden soll. Der Vorschlag soll bereits nichtamtlich unterbreitet worden sein. Durch Verwen-

dung des Konklaves habe man eine größere Hoffnung auf einen Erfolg.

**Die britischen Verluste.**

London, 2. Dez. (W.B. Nicht amtlich.) Die letzte Verlustliste weist die Namen von 36 Offizieren und 968 Mann auf. — Die Verlustliste der britischen Armee betrug im November 1915 Offiziere und 40.427 Mann. Die Verluste der britischen Flotte im November betragen 34 Offiziere und 261 Mann.

**Ausland.**

**Russland.**

Ein blühendes Geschäft. Nach der neulich erfolgten Verhaftung des Sekretärs der Wehrpflichtabteilung des Petersburger Magistrats Dewoich ist nunmehr auch der Sekretär der betreffenden Abteilung des Petersburger Polizeipräsidiums Wosjessow festgenommen worden. Bei einer Reihe von Beamten des dortigen Bezirkskommandos sind Hausdurchsuchungen erfolgt. Es handelt sich um die geflüchtete Besatzung vom Militärdenkmal, deren Fälle vom Obersten Untersuchungsrichter Alexandrow auf viele Tausende während des Kriegsjahres und in Petersburg allein heftig werden. Gegenwärtig werden sogenannte fliegende Untersuchungskommissionen ernannt, die in sämtlichen russischen Magistraten und Bezirkskommandos eine strenge Kontrolle der seit dem Kriegsausbruch erfolgten Rekrutierungen vornehmen sollen. Der Zentralbehörde ist nämlich aufgefallen, daß die jüngsten Einberufungen einen ungewöhnlich geringen Prozentsatz an Ausfällen wegen Untauglichkeit ergeben haben, trotz der Anweisung an die Rekrutungskommissionen, keine rigorosen Ansprüche zu stellen, während zu Kriegsbeginn dieser Prozentsatz bei Landwehr und Landsturm nur fünfzehn Prozent ausmachte.

**Deutsche Politik.**

**Lebensmittel genug!**

Der Hauptauschuss des Reichstags lehnte, nachdem er die erste Lesung des Gesetzesentwurfs über die Kriegsgewinnsteuer beendet hatte, seine Beratungen mit der Besprechung der Ernährungsfragen fort. Dabei gab einleitend der Berichterstatter einen Überblick über den Stand unserer Vorräte zur Beurteilung der gesamten Lage auf dem Lebensmittelmarkt unter Angabe von Zahlen. Er kam dabei zum Schluß: Wir haben Lebensmittel genug auf allen Gebieten, um die Not von unserm Volke fernzuhalten. In Rücksicht auf unsere Lebensmittel braucht der Krieg um keinen Tag früher zu Ende zu gehen, als es die Sicherheit des Reiches und die Interessen des ganzen Volkes erfordern. Gewisse Einschränkungen des Verbrauchs allerdings sind als unvermeidliche Kriegswirkungen anzusehen und müssen in Kauf genommen werden. (W.B. Nicht amtlich.)

**Ein staatliches Elektrizitätsmonopol in Sachsen.**

Bei der Staatsberatung im sächsischen Landtage erklärte der Finanzminister: Die Einzelstaaten befinden sich in großen Schwierigkeiten, weil nur noch wenig Steuern vorhanden seien, während das Reich das Gebiet der Monopole noch ganz unausgebaut vorfinde. Der Minister kündigte an, daß die Elektrizitätsversorgung in Sachsen vom Staat übernommen werden soll unter Wahrung der bestehenden Interessen und Verhältnisse. Die bestehenden Stromlieferanten sollen in ihren Einnahmen nicht geschmälert werden. Die Regierung beabsichtigt große Kostenfelder und lämme die Stromerzeugung und damit auch den Stromtarif wesentlich zu verbilligen.

**Erstwahl zur Bremischen Bürgerkammer.**

Anstelle des verstorbenen Genossen Jmwole, der von 1900 bis zu seinem Tode ununterbrochen der Bremischen Bürgerkammer angehört, wurde Genosse Bernhard Riese gewählt. Er erhielt alle abgegebenen Stimmen. Die Bürgerlichen wählten den Durchsicht und beteiligten sich nicht an der Wahl. Genosse Riese ist auch Mitglied des Bremischen Kreisrates, der Vertretung für das Landgebiet.

**Badische Politik.**

**Sitzung der Budgetkommission der zweiten Kammer.**

3. Sitzung am 30. November (nachmittags). Gegenstand: Vorschlag des Finanzministeriums (Forst- und Domänenverwaltung). Berichterstatter: Abg. Kolb.

Auf die Anfrage eines Mitgliedes der Kommission, ob es richtig sei, daß die Staatsbrauerei Notaus aus anderen Brauereien mit der Bierpreisbildung dahinschreitend vorangehe, erklärte der Finanzminister, daß dies nicht der Fall gewesen sei; die Staatsbrauerei habe den Bierpreis erst erhöht, nachdem die übrigen Brauereien die Erhöhung bereits durchgeführt hätten. Die Erhöhung des Bierpreises habe bei der Staatsbrauerei nur 3 Mk. für das Hektoliter betragen, bei den übrigen Brauereien 4 Mk.; sie sei durch die Erhöhung der Produktionskosten begründet gewesen. Diese seien in der Zwischenzeit abermals bedeutend in die Höhe gegangen. Falls man daher eine neue Preissteigerung nicht eintreten lasse, müsse die Staatsbrauerei auf einen Preis von 10 bis 12 Mk. für das Hektoliter Notaus verzichten, was bei der jetzigen Finanzlage ohne zwingende Gründe nicht geschehen sollte. Die Beibehaltung des bisherigen Preises durch die Staatsbrauerei würde keine Einwirkung auf die Preisbildung der Privatbrauereien ausüben, da die Produktion der Staatsbrauerei nur 1 Proz. der Gesamtproduktion in Baden ausmache. Zu der Frage einer abermaligen Erhöhung der Bierpreise habe die Regierung bis jetzt noch keine endgültige Stellung genommen. In der anschließenden Debatte vertrat ein Teil der Mitglieder der Kommission die Ansicht, daß eine Erhöhung der Bierpreise überhaupt nicht gerechtfertigt sei. Auch könne man in der heutigen Zeit von den Brauereien verlangen, daß sie für die Allgemeinheit Opfer bringen und nicht die entstehenden Mehrkosten nur deshalb auf die wirtschaftlich schwächeren Schichten abwälzen, um den gleichen Gewinn machen zu können wie in Friedenszeiten. Eine weitere Erhöhung der Bierpreise werde zahlreiche Wirte ruinieren. Auf keinen Fall dürfe die Regierung die Preissteigerung mitmachen, sondern müsse durch Beibehaltung der bisherigen Preise auf die anderen Brauereien einwirken. Eine Reihe anderer Mitglieder hält eine Erhöhung des Bierpreises für gerechtfertigt und namentlich im Interesse der mittleren und kleineren Brauer für geboten. Die verhältnismäßig geringe Produktion der Staatsbrauerei lasse einen Einfluß ihres Bierpreises auf die Preisbildung der übrigen Brauereien nicht erwarten. Auf die Anfrage eines Mitgliedes befragte ein Regierungsdirektor, daß zu Anfang des Krieges bismarckisches Bier gullfrei durch Deutschland nach der Front in der höchsten Gebieten durchgeführt worden sei; später habe die Reichsfinanzverwaltung den Standpunkt eingenommen, daß der Verbrauch des Bieres auch im besetzten Gebiet als Inlandsverbrauch anzusehen sei.

Auf die Anfrage eines Mitgliedes der Kommission erklärte der Finanzminister, daß die Untersuchungen über die Bevogungen der Bauern des Otto-Görlich-Beutes des Feilberberger

Schlosses bis jetzt ein günstiges Ergebnis gehabt hätten, aber noch nicht zum Abschluß gekommen seien.

Ein Mitglied wies darauf hin, daß die derzeitige Finanzlage Anlaß zur Prüfung der Frage gebe, ob nicht die Bezirke der Forstkämter vergrößert oder durch Zusammenlegung Stellen von akademischen Forstbeamten eingespart werden und ein Teil ihrer Arbeit durch Beamte ohne akademische Bildung versehen werden könnte. Der Finanzminister sagt Prüfung der Frage zu. Die intensive Forstwirtschaft, wie sie in Baden betrieben werde, lasse allerdings eine Vergrößerung der Bezirke nicht wohl angebracht erscheinen. Ein Mitglied hat die Forstverwaltung, den Gemeinden gegenüber hinsichtlich der Beachtung gewisser Vorschriften beim Vollzug der Holzabgabe mit Rücksicht auf die derzeitigen Verhältnisse so weit wie möglich Rücksicht zu üben. Ein Regierungsvertreter sagte weitgehendes Entgegenkommen der Forstbehörden zu.

**Das Verhältnis zwischen Gemeinde und Volksschule.**

\* Karlsruhe, 1. Dez. Das Groß. Ministerium des Kultus und Unterrichts hat mit einem Erlaß auf die Eingabe des Verbandes der mittleren Städte vom 19. Februar 1914 wegen des Verhältnisses zwischen Gemeinde und Volksschule nunmehr geantwortet. Das Ministerium erklärte, daran festhalten zu müssen, daß an dem Charakter der Volksschule als einer Gemeindefunktion nichts geändert werde und steht auf dem Standpunkt, daß auch unter dem neuen Gesetz und den zu seinem Vollzuge erlassenen Verordnungen der Gemeinde noch eine umfassende und bedeutungsvolle Beteiligung an der Schule verbleibe, weshalb auch der Anschaffung, daß durch das neue Schulgesetz Gemeinde und Schule organisatorisch von einander getrennt seien, nicht beigetreten werden konnte. Der geschäftsführende Ausschuss vermochte indessen von der in der Eingabe vom 19. Februar 1914 niedergelegten Auffassung, daß ein erprobliches Zusammenwirken zwischen Staat und Gemeinde auf Grund der bestehenden Verordnungen (nicht auch schon des Gesetzes) unmöglich erscheine, nicht abzugeben. Er war nur der Ansicht, daß die Kriegszeit schlecht geeignet sei zur Austragung innerer Konflikte und daß deshalb die ganze Angelegenheit bis nach Friedensschluß vertagt und inwischen alles Vermieden werden sollte, was Veranlassung zu Auseinandersetzungen geben könnte. Es wurde deshalb der Ministerialerlaß in diesem Sinne beantwortet.

**Aus der Partei.**

**Die Einigkeit der Partei und der Krieg.**

Der Mannheimer „Volksstimme“ wird aus Berlin geschrieben: Der theoretischen Vorbereitung, die der Verlos gegen die Einheit und Geschlossenheit der parlamentarischen Aktion unserer Reichstagsfraktion im Laufe der letzten Wochen durch Kautsch in der „Neuen Zeit“, wie auch durch einen Artikel in der „Leipz. Volkszeitung“ erfahren hatte, ist heute in der Fraktion selbst die praktische Tat gefolgt. Den Anlaß dazu bot der Minderheits die Ablehnung der Interpellation Ledebour, die den Reichstanzler auf gewisse Friedensbedingungen festlegen wollte, und die darnach erfolgte Annahme der von Scheidemann, Ebert, David, Richard Fischer und Wollensbühr im Sinne der bisherigen Kriegspolitik der Fraktion formulierten Anfrage an den Kanzler, auf die sich schließlich 93 gegen nur 5 Stimmen zusammenfanden. Jetzt hielt es die oppositionelle Minderheit für geboten, den letzten Schleier von ihren taktischen Absichten fallen zu lassen und offen mit dem Antrag hervorzutreten, die Fraktion solle ihr die Aktion im Plenum des Reichstags freigeben, d. h. ihr gestatten, nach der Begründung der Mehrheitsinterpellation in der nächsten Reichstagsitzung am 9. Dezember durch einen eigenen Redner den Standpunkt der Minderheit zu den Fragen des Krieges und Friedens darzulegen.

Die Aufnahme, die dieser Vorstoß in der Fraktion fand, bewies, daß man dort seine Bedeutung in der Zukunft der ganzen Partei sofort richtig einschätzte. So kam denn auch in den — zum Teil im Tone wärmster Eindringlichkeit vorgebrachten — Argumenten der Mehrheitsredner die Auffassung, daß das Vorgehen der Minderheit, wenn ihm die praktische Tat im Parlament folgen sollte, nichts mehr und nichts weniger bedeuten würde, als die Katastrophe unserer parlamentarischen Vertretung und damit die Katastrophe und die Spaltung der Partei mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit und Klarheit zum Ausdruck. Der Verlauf der Debatte zeigte, daß das Gewicht der Argumente, die sich aus den Rücksichten auf den ungefährteten Fortbestand unserer Parteiorganisationen über den Krieg hinaus und auf die Wirksamkeit und Schlagkraft unserer Aktion im Reichstag herleiteten, sich selbst bei einer Anzahl Angehöriger der Minderheit als so groß und durchschlagend erwies, daß die Stimmengabe, die sich schließlich auf den gegen den Oppositionsantrag gerichteten Antrag Bauer vereinigte — der das selbständige Auftreten der Minderheit bei der bevorstehenden Interpellation über den Frieden für unzulässig erklärt — relativ größer war als die Mehrheit, die sich bei der letzten Kriegskreditbewilligung in der Fraktion ergeben hatte. Vor dem letzten Schritt der Sonderaktion, zu dem das ganze bisherige Treiben der Opposition schließlich mit logischer Konsequenz trieb, fehlte einer Reihe von Angehörigen derselben schließlich doch der Mut, und die ungeheure Verantwortung, die sie mit demselben hinsichtlich der Zukunft der Gesamtpartei auf sich geladen hätten, vermochten sie anscheinend doch nicht zu tragen, ganz abgesehen von den geradezu ruinösen Folgen, die die beabsichtigte Aktion für die Stellung der Reichsregierung in der Frage des Friedens haben mußte.

In einer etwa vierstündigen, historisch denkwürdigen und für die Partei sowohl, wie nicht minder auch für die Position Deutschlands im Weltkrieg und in den — hoffentlich recht bald einkehrenden — Friedensverhandlungen äußerst bedeutungsvollen Sitzung ward so die größte Gefahr beschworen, die unserer Partei seit ihrer Einigung vor nunmehr 40 Jahren jemals gedroht hatte. Hoffen wir, daß die Minderheit, soweit sie überhaupt vernünftigen Erwägungen zugänglich ist, sich jetzt der ganzen bewundernden Konsequenzen ihrer Treibereien gegen die Kriegspolitik der Mehrheit bewußt geworden ist und daß sie die würdige Zurückweisung, die ihr heute widerfahren ist, sich für alle Zukunft zur eindringlichen Lehre dienen läßt. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist zu Belastungsproben auf die innere Festigkeit der Partei am allererschwersten geeignet und die Wirkungen, die von einer Parteispaltung auf die Stimmung des Gesamtvolkes hinüberströmen würden, könnten gerade in dem jetzigen Zeitpunkt sich von den schlimmsten Folgen erweisen.

Es ist deshalb doppelt freudig zu begrüßen, daß die Fraktion ihre bedeutungsvolle heutige Sitzung mit dem für den Geist ihrer weiteren parlamentarischen Aktion charakteristischen Beschluß zu Ende brachte, als Redner in der nächsten großen Sitzung des Reichstags die Genossen Scheidemann und Dr. Landsberg-Moggebung aufzutreten zu lassen, deren bisherige Haltung in den Fragen der Kriegspolitik die Gewähr dafür bietet, daß es in der deutschen Sozialdemokratie auch künftighin bei dem bleibt, was sie am 4. August 1914, in den Tagen der genialsten nationalen Erhebung zu ihrer Plattform gemacht hat: Wir lassen das Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich und harren an seiner Seite aus, bis das Ziel seiner Eicherung gegen die Feinde erreicht und ihm ein ehrenvoller, dauernder Friede ermöglicht ist.







Die Lage in Monastir.

Berlin, 3. Dez. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Lugano: Nach einer Depesche des „Giornale d'Italia“ aus Athen soll Monastir vorgestern kapituliert haben. Magrini deveschierie aus Monastir vom 29. November, seit zwei Tagen befindet sich Monastir in Agonie. Die Bulgaren hätten eine Offensive der Serben gegen Brilje mit einer Gegenoffensive gegen den linken serbischen Flügel beantwortet und die eine Einkreisung fürchtenden Serben gezwungen, sich auf ihre letzte Verteidigungslinie am Cernafluss zurückzuziehen. Alle Behörden seien abgereift. Die Bevölkerung sei von einer Panik ergriffen.

Italien und das Balkanunternehmen.

Berlin, 3. Dez. Verschiedenen Morgenblättern zufolge soll Lord Ritschener in Saloniki dem englischen General mitgeteilt haben, daß Italien für seine Teilnahme an der Balkanaktion geradezu unaussprechbare Forderungen gestellt habe. So habe Italien die Ueberlassung von ganz Albanien gefordert.

Aus der italienischen Kammer.

Rom, 3. Dez. In der Kammer gab Pantano bei Besprechung der Mitteilungen der Regierung seiner Freunde

über die Wiederaufnahme der Arbeiten Ausdruck und versicherte, daß zwischen der Regierung und dem Parlament über alles, was den Krieg und die internationale Politik betreffe, volle Einigkeit bestehe. Der Redner rühmte die Regierung, die sich stets von den höchsten Interessen der Nation habe leiten lassen. Die allgemeine Lage Italiens sei ausgezeichnet. Es müsse kämpfen, bis seine Ziele gesichert seien. — Orlando Salvatore beklagte die rechtswidrigen Handlungen der österreichischen Marine.

Englische Wünsche.

Paris, 3. Dez. Der Militärkritiker des „Temps“ befaßt sich mit den Streitkräften der Alliierten auf dem Balkan, über die amtlich nichts bekannt sei. Er sagt, hoffentlich würden die Italiener einsehen, daß die Frontschlachten umsonst seien, wenn sich die Mittelmächte an der Abreia festsetzen. Von der russischen Armee in Mesopotamien höre man nichts, ebensowenig von der bei Adrianopel konzentrierten türkischen Armee. Alles das sei nicht sehr ermutigend.

Eröffnung des japanischen Landtags.

W. Tokio, 2. Dez. (Nicht amtlich.) (Meuter.) Der Kaiser eröffnete heute persönlich den Landtag mit einer Thronrede, worin er ausdrücklich auf die Beziehungen zum

Ausland hinwies, und erklärte, daß das Bündnis mit England und die Entente mit Frankreich und Rußland sich noch mehr gefestigt hätten. Darauf empfahl der Kaiser den Ministern und den Mitgliedern des Landtages ein eingehendes Studium des Budgets.

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Illustrate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) 5. Dezember Abfahrt 7 Uhr nach Malsch, Eidelberg, Malsch. Heute Feldpostabend. 8704  
Karlsruhe. (Wächner und Installateure.) Heute Freitagabend 6 Uhr in der „Gambriushalle“ Monatsversammlung. 8706  
Kehl. (Sozialdem. Verein.) Alle Frauen unserer Genossen sind gebeten, die Adressen ihrer Männer, welche im Felde stehen oder eingezogen sind, bis Sonntag, 5. Dezember d. J., an Gen. Raffendorf Schreiberfeld einzufenden. 8699

Buchhandlung Volksfreund

„Wahrer Jacob“, humoristisch-satirisches Bildblatt, Preis 10 Pf. Durch unsere Zeitungsträger und Filialinhaber werden Bestellungen entgegengenommen.

Bekanntmachung.

Aufgrund des § 3 der Bundesratsverordnung vom 4. November 1915, die Regelung des Milchpreises und des Milchverbrauchs betreffend, werden alle Milchhändler und Milchproduzenten, die in den Bezirken der Stadt Karlsruhe regelmäßig Kuhmilch einführen oder innerhalb des Stadtbezirks Kuhmilch erzeugen, hierdurch aufgefordert:

1. bei der Abgabe der vorhandenen Milch den heute bekannt gegebenen Verteilungsplan einzuhalten und dabei Kinder, stillende Mütter und Kranke vorzugsweise zu berücksichtigen.

2. Jeweils umgehend dem Bürgermeisteramt schriftlich Anzeige zu erstatten, wenn sie von der bisher eingeführten oder erzeugten Menge Milch einen Teil übrig haben, und gegebenenfalls in welchem Umfang dies der Fall ist.

3. Rühmlich auf den 15. eines jeden Monats, erstmals am 15. Dezember d. J., an das Bürgermeisteramt anzuzeigen, wieviel Liter Kuhmilch sie täglich in das Stadtgebiet einführen oder innerhalb des Stadtbezirks erzeugen und aus welchen Orten die eingeführte Milch stammt.

Als Einführer der Milch, der hiernach zur Anzeige verpflichtet ist, gilt diejenige Person, auf deren Namen und Rechnung die Milch tatsächlich der hiesigen Bevölkerung zugeführt wird, bei Milch, die mit der Bahn ankommt, der Händler, der die Milch an der Bahn abholt.

Unterlassung der Anzeige oder unvollständige oder wahrheitswidrige Angaben werden nach § 8 der obengenannten Verordnung mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mk. bestraft.

Karlsruhe, den 26. November 1915. 8618

Der Stadtrat.

Bekanntmachung.

Durch die Bekanntmachung des Reichsanstalters vom 11. November d. J. ist über den Maßstab, nach welchem Kinder, stillende Mütter und Kranke bei der Verteilung der vorhandenen Milchmenge vorzugsweise zu berücksichtigen sind, folgendes bestimmt:

„Kinder bis zum vollendeten 2. Lebensjahr, soweit sie nicht gestillt werden, und stillende Frauen sind mit einem Liter Milch täglich, ältere Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahre mit einem halben Liter täglich, Kranke mit der nach ärztlicher Bescheinigung erforderlichen, in der Regel jedoch einen Liter nicht übersteigenden Menge täglich zu berücksichtigen.“

Wenn die vorzugsberechtigten Personen die ihnen nach diesem Maßstabe zuzumehrende Menge Milch erhalten sollen, bleibt für die übrigen Personen von der für die hiesige Gesamtbevölkerung bereitzuhaltenen Milchmenge nur höchstens  $\frac{1}{2}$  Liter täglich auf den Kopf verfügbar.

Zur Sicherstellung der ausreichenden Versorgung der vorzugsberechtigten Teile der Bevölkerung werden deshalb alle hiesigen Haushaltungen hierdurch aufgefordert, sich, soweit dies nicht schon geschehen, in ihrem Milchverbrauch nach Maßgabe des obigen Verteilungsplanes einzuschränken. Es wird von jedermann erwartet, daß er sich unverzüglich nach dieser Aufforderung richtet. Wenn dies auf freiwilligem Wege nicht alsbald und allgemein geschieht, sind wir genötigt, zur Anwendung polizeilichen Zwanges zu schreiten.

Solche Haushaltungen, welche die ihnen hiernach zukommende Menge Milch für Kinder, stillende Mütter oder Kranke auch künftighin nicht erhalten können, werden aufgefordert, dies dem Bürgermeisteramt schriftlich oder mündlich (Rathaus, Erdgeschoss Zimmer Nr. 17) anzuzeigen.

Karlsruhe, den 26. November 1915. 8610

Der Stadtrat.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Karlsruhe.

Samstag, den 4. Dezember, abends 7,9 Uhr, in der „Gambriushalle“, Erbprinzenstraße 30:

Holzarbeiter-Versammlung.

In dieser Zusammenkunft sind wichtige Fragen zu besprechen und ersuchen wir um vollzähligen Besuch. 8700

Die Ortsverwaltung.

Arbeiter! Agitiert für den Volksfreund.

Weihnachtsverkauf  
25 Mark Einheitspreis für einen Anzug  
Anzug- u. Paletotstoffe zum Einheitspreis von 25.- netto Kasse. Aussergewöhnliches Angebot.  
Wilh. Wolf jr. 82a Kaiserstr. Engros-Tuchabteilung. Eingang Lammsfrasse

Todes-Anzeige.  
Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß unser lieber guter Sohn und Bruder  
Heinrich Grimm  
Buchbinder  
Gefreiter im Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 55  
Mitter des Eisernen Kreuzes II. Klasse  
Inhaber der Silbernen Verdienst-Medaille  
am 2. Dezember an einer schweren Kopfverletzung, die er in einem Lazarett am 26. November durch einen Zufallstreffler erhalten hat, im Feldlazarett N. sanft entschlafen ist. 8702  
In tiefem Schmerz:  
Johann Grimm  
Julie Grimm, geb. Schifferbeder  
August Grimm, a. J. in englischer Gefangenschaft  
Emil Grimm, a. J. im Felde  
Otto Grimm  
Karl Grimm, a. J. im Felde.

Danksagung.  
Allen denen, die uns bei unserem grossen Verluste ihre Teilnahme bekundeten, sagen wir hiermit vielen Dank.  
Besonderen Dank Herrn Stadtvikar Braus für die trostreichen Worte und dem Verein der Freien Gastwirte Deutschlands für die Kranzniederlegung. 8701  
Frau B. Christ Wwe. und Kinder.

Speisen Sie im  
Reform-Restaurant  
Kaiserstrasse 56, 2. Stock, beim Marktplatz  
und Sie werden finden. 8606  
dass die fleischlosen Tage keine Entbehrung sind.  
Hochachtungsvoll Kirsten.

Wichtig für Schuhmacher  
Ausserordentlich billige Wegen Aufgabe  
Soblleder-Kern-Abfälle } Fund  
aus Militär-Verkäufen } mk. 1.30  
Verband nur von 10 Pfund ab gegen Nachnahme. 8708  
H. A. Ahnert, Berlin W. 30. Landsbutterstraße 30

Verein Volksbildung.  
Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saale der Festhalle ein  
Unterhaltungs-Abend  
statt. Es haben zu diesem Abend ihre Mitwirkung in liebenswürdiger Weise zugesagt: Frau Obergeringieur Drenberger (Violine), Frau Regierungsrat Frickmuth (Gesang), Herr Finanzrat Zimmermann mit einem Vortrag:  
„Meine Erlebnisse an der front“, sowie der Karlsruher „Niederkrantz“ unter Leitung des Herrn Kapellmeister Cassimir.  
Programme, welche zugleich als Eintrittskarten gelten, sind in der Geschäftsstelle des Vereins zu 10 Pf. zu haben. Gleichzeitig können auch die neuen Mitgliedsarten für 1915/16 eingelöst werden. — Geschäftsstunden: täglich von 2-4 und 1/2-1/28 Uhr. 8710  
Geschäftsstelle des Vereins Volksbildung  
Akademiestraße 67.

Schuhwaren  
in bekannter Güte und allen Preislagen  
empfiehlt 8712  
Ludwig Betsche, 35 Umlandstraße 35 (Nähe Sophienstr.)  
An Sonntag, vor Weihnachten ist mein Geschäft geöffnet.

Äpfel  
2 Waggons eingetroffen. Dieselben werden je nach Quantum und Qualität zu billigen Preisen verkauft. 8645  
Kochäpfel  
10 Pfund Mk. 1.10.  
2 Erbprinzenstr. 2, Karlsruhe.

Billigste Einkaufsquelle  
für 8632  
Pelze  
Wilhelmstr. 34 I Tr.  
Kriegsangehörige extra Rabatt!  
Korsetten! Korsetten!  
in nur prima Qualitäten, hoch und nieder bis Breite 86 cm, Kinderleichten u. Damenleichten, Plüschhalter, alles direkt aus der Fabrik. Neues, modernes graues Jackenflossum, auf Seide, Größe 44, zu 18 Mk., fast neue Affordzither mit 70 St., unterlegbar. Noten, zu 12 Mk. Auch Sonntags anzusehen. Vogel, Karlsrufer, 25, eine Treppe. 8707

Umzüge in Möbelwagen und  
Kochgeschirre liefert durch  
Selbstmitnahme billiger 7916  
R. Muffinger Seffingstr. 20  
Telefon 1700.

Neu eingetroffen:  
Lange blaue 8692  
Damenvmäntel  
M 15<sup>75</sup>  
Wilhelmstr. Nr. 30

Residenz-Theater  
Waldstrasse 30.  
Nur heute Freitag  
„Die beiden Verlobten.“  
Historisches Drama in 5 Akten. 8709



**Grösste Leistungsfähigkeit.**  
 Spezialität:  
**Portrait-Gruppen**  
**Kinderaufnahmen**  
**Vergrosserungen**  
 in mustergültiger Ausführung nach jedem, selbst schlechten Bilde oder Postkarte.  
 12 Visit. v. Mk. 4.50 an  
 12 Cabinet v. Mk. 9.- an  
 Matt

**Rausch & Pester**  
 Atelier vornehmer Photographien  
 Vergrosserungs-Anstalt  
**Erbprinzenstr. 3** am Rondellplatz  
 Telefon 2878.  
 Geöffnet von 8 bis 7 Uhr Werktags  
 8 bis 6 Uhr Sonntags.  
 Elektrische Kunstlicht-Aufnahmen  
 Schnellste Lieferung. Billigste Preise.

**Verkauf von Kinderarbeiten**  
 sowie von selbstgefertigten  
**Arbeiten der hiesig. Kadetten**  
 am 4. und 5. Dezember,  
 im Vortragssaal des Museums, Eingang Ritterstrasse,  
 jeweils vormittags von 11-1 Uhr und nach  
 mittags von 3-6 Uhr.  
 Eintritt für Erwachsene . . . . . 20 Pfg.  
 für Kinder . . . . . 10 "

Der Ertrag wird I. K. H. der Grossherzogin unterbreitet zum Besten der Kinder einberufener Mannschaften. 8660  
 Gelegenheit zum Tee- und Schokoladetrinken wird geboten.

**Gelegenheitskäufe**  
 in  
**Möbel.**  
 Um jedermann von meiner Leistungsfähigkeit und Reliabilität zu überzeugen, offeriere  
**billigst:**  
 Schlafzimmer  
 Wohnzimmer  
 Speisezimmer  
 Herrenzimmer  
 Küchen 8496  
 sowie alle Sorten Einzeilmöbel  
 Auf Wunsch Teilzahlung.  
**J. Iffmann**  
 Nachf.  
 24 Karl-Friedrichstrasse 24.

Als **Weihnachts-Geschenke**  
 empfehle in grosser Auswahl billigt

**Ulster** Paletots u. Anzüge Lodenjoppen  
 Bozener Mäntel Stoffhosen  
 Pelerinen Fantasie-Westen  
 für Herren, Burschen und Knaben.

**Herrenwäsche • Krawatten • Einsatz-Hemden**  
 Schwarze und farbige **Schürzen** Damen- und Kinder- **Wäsche.** Woll- u. Seide- **Schals**  
 aller Art für Frauen u. Kinder **Sweaters, Strümpfe** Chenille-Tücher **Pelze**

**Für unsere Soldaten:**  
 Warme **Hemden, Unterhosen und Unterjacken**  
 Gestrickte **Westen, Socken, Leibbinden etc.**  
**Taschentücher, Hosenträger.**

**Herren-Anzugstoffe. Damen-Kleider-Blusen.** Stoffe aller Art. **Leinen und Baumwollwaren** Fertige Bett-Wäsche **Bett-Barchent und -Damast** **Betteppiche und Bettdecken** **Tischdecken** **Tischtücher und Servietten**

8601 **Julius Löwe** Karlsruhe Südstadt **Werdarplatz 25**

**Sonntag bis abends geöffnet**

**Schluss**  
 Rotes Kreuz der Rotes Kreuz  
**Weihnachts-Paketwoche**  
 Freitag, 3. Dezember 1915.  
 Wir bitten alle diejenigen, die in den Abgabestellen Einzelpakete zur Füllung abgeholt haben, dieselben an die Abgabestellen alsbald wieder zurückbringen zu wollen.  
 Der Ortsausschuss für Liebesgabensammlung in der Stadt Karlsruhe. 8698

**Billige**  
**Schuhreparaturen**  
 Herren-Sohlen und Fleck Mk. 3.80  
 Damen " " " " 3.-  
 Kinder " " " " je nach Grösse  
 mit sehr dauerhaftem Lederersatz. 8694  
 Annahme-Stellen:  
 Karlsruhe: Jähringerstrasse 46 und Werderplatz 35.  
 Durlach: Hauptstr. 65, Färberei Thomas.

**Carbidlampen**  
 neue Modelle  
 Tischlampen  
 Hängelampen  
 Küchenlampen  
 Einsatzbehälter für Zuglampen  
 Karbid, lose und in Dosen.  
 Versand unter Nachnahme.  
 Preisliste auf Wunsch.  
 Wiederverkäufer hohen Rabatt.  
 Unser Geschäft ist am Sonntag v. 11 Uhr ab geöffnet.  
**Nordische Stahlgesellschaft**  
 (m. b. H.) 8695  
 Karlsruhe i. B., Kaiserstrasse 81.

**Gänselebern**  
 werden fortwährend angeliefert.  
**Markgrafenstr. 32.**  
 (früher Adlerstr. 28) **K. Möser.**

**Gänselebern**  
 werden fortwährend angeliefert.  
**G. Meck, geb. Stürmer**  
 Erbprinzenstr. 21, 2. Stoc.

**Weihnachts-Äpfel**  
 200 Stk., schöne, rote, gute, billige, zum Essen für Erwachsene und Kinder, aus der Pfalz, gegen von 10-15 Pfg. das Pfund. 8681  
 Jähringerstrasse 34, bei Friseur Schreypp.

**Städt. Nahrungsmittellant.**  
 Freitag, nachmittags 2 Uhr, verkaufen wir an der Milchrampe bei der alten **Silguthalle**  
**Kartoffeln**  
 den Zentner zu **3.75** Mark. 8711

**Kaufe Schlachtpferde**  
 zu den höchsten Tagespreisen. 8456  
**Theodor Gramlich**  
 Pferdefleischerei mit elektrischem Betrieb.  
 Durlacherstr. 59. — Telephon 3319.

**Zeitungen, Zeitschriften**  
 Akten aller Art, Makulaturen zum Einstampfen kauft jedes Quantum 8286  
**M. Kleinberger**  
 Schwanenstr. 11. Telephon 835.  
**Neu eröffnet Wilhelmstr. 30**  
 Elegante schwarze Damenmäntel  
 Serie I Serie II Serie III Serie IV  
 M 19.75 M 24.75 M 28.75 M 32.75  
 Wert bedeutend höher.  
 Plüschmäntel Jackenkleider  
 M 32.- an M 19.75 an  
 blaue lange Mäntel farbige Mäntel  
 M 15.75 an M 11.75 an  
 Backfischröcke Damenröcke  
 M 1.85 an M 3.75 an  
 Kindermäntel, Blusen, Unterröcke **raunend billig**  
 Trotz der auffallend billigen Preise 50% **Rabatt.**  
 gewähre ich auf Vormittags-Einkäufe  
**Daniel's Damen-Konfektionshaus**  
**Wilhelmstr. 30** bisher Wilhelmstr. 34  
 Sonntags ab 11 Uhr offen. 8683

**Wo ist man gut und billig?**  
**Im Restaurant „Storchennest“!**  
 Ecke Scheffel- u. Sofienstrasse.  
**Guter Mittagstisch zu 70 Pfg.**  
 Eigene Schlachtung. 8697

**Bekanntmachung.**  
 Den Fortbildungsunterricht betreffend.  
 Nach § 2 des Gesetzes vom 18. Februar 1874 sind Eltern, Arbeits- und Lehrherren verpflichtet, die fortbildungspflichtigen Kinder, Lehrlinge, Dienstmädchen usw. zur Teilnahme am Fortbildungsunterrichte anzumelden und ihnen die zum Besuch desselben erforderliche Zeit zu gewähren. Fortbildungspflichtig sind gemäß § 1 desselben Gesetzes Knaben zwei Jahre, Mädchen ein Jahr nach Zurücklegung des schulpflichtigen Alters.  
 Zuwiderhandlungen werden mit Geldbuße bis zu 50 Mark bestraft (Absatz 2 desselben Paragraphen).  
 Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., die von auswärts hierher kommen, sind sofort anzumelden, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben schon in ein festes Dienst- oder Lehrverhältnis getreten oder nur vorübergehend aufgenommen sind.  
 Fortbildungspflichtige Dienstmädchen, Lehrlinge usw., welche die Fortbildungsschule verlassen, sind von den Eltern, Arbeits- oder Lehrherren beim Klassenlehrer unter genauer Angabe der Adresse abzumelden.  
 Karlsruhe, den 1. Dezember 1915.  
 Das Volksschulrektorat.

**Städt. Badanstalt (Verordbad) Karlsruhe.**  
**Medizinische Bäder.**  
 Fichtennadel-Salz (Rappenauner oder Stassfurter).  
 Mutterlauge u. Schwefel (Thiopinol)-Bäder.  
 Badezeit für Herren und Damen: 8-1 Uhr vorm. und 3-8 Uhr nachm.  
 Samstags bis 9 Uhr.  
 Sonntags 8-12 Uhr.  
 Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 7920

**Moströhre**  
 werden zum feinsten angenommen und gute Arbeit zugesichert.  
**R. Schirrmann, Buchdr.-Zwölz, Philippsstrasse 7 III (Weststadt).**

**Frankkuch & Co.**  
**Frische Schellfische**  
 kleine 50 Pfg.  
 mittlere 60 Pfg.  
 extra große 70 Pfg.  
 Diese letztere Sorte nur in den Filialen Karl Friedrichstr. 3, Akademiestrasse, Ecke Karlstrasse und Kaiser-Allee, Ecke Dorfstrasse erhältlich.  
 Frisch gewässerte

**Stockfische**  
 Pfund 35 Pfg.  
**Frankkuch & Co.**  
 G. m. b. H.  
 den Verkaufsstellen

**Druckfachen** fertigt an  
**Wandenderer & Co. Freund.**